

3. V10NEU Der Wasserkrise jetzt entschlossen entgegenzutreten

Gremium: 48. Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 29.04.2023

Tagesordnungspunkt: 8. Cluster 3 Klima, Umwelt

Antragstext

1 Der Kreistag Potsdam-Mittelmark hat im vergangenen Jahr mit einer Arbeitsgruppe
2 die
3 Wassersituation im Landkreis beraten und Anfang dieses Jahres in einem Bericht
4 veröffentlicht. Die Ergebnisse sind alarmierend, denn seit 2017 haben sinkende
5 Grundwasserspiegel, vermehrte Verdunstung und weniger Regen dazu geführt, dass
6 keine Grundwasserneubildung mehr stattfindet. **Als eine weitere Folge des
menschengemachten Klimawandels führt dies zu einer Wasserkrise, der
entschlossen zu begegnen ist.**

7 Die LDK möge daher beschließen:

8 Sinkende Grundwasserstände und geringe Niederschläge gehören im Land Brandenburg
9 zu den frühen Auswirkungen der Klimakrise. Die Landesregierung und der Landtag
10 werden aufgefordert, noch in der laufenden Legislaturperiode grundlegende
11 Änderungen
12 an der das Wasser betreffenden Gesetzgebung und insbesondere am Niedrigwasser-
konzept herbeizuführen.

13 Unter anderem sollten folgende Maßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden:

14 1. Die Grundwasserdaten und Wasserentnahmedaten sollen durchgängig und für jeden
15 transparent öffentlich dargestellt werden, um damit die dramatischen
16 Veränderungen
17 besser lokalisierbar zu machen. Das geeignete Instrument dazu ist das
18 elektronische
19 Wasserbuch sowie die Auskunftsplattform Wasser. Notwendige Schnittstellen sind
20 durch
21 die Landesregierung zur Verfügung zu stellen und mit Wasserbehörden sowie
Wasserversorgern abzustimmen. Bisher existieren keine einheitlichen
Schnittstellen
zwischen den verschiedenen Systemen der Unteren Wasserbehörden. Zum Teil werden
die Daten händisch und auch doppelt erfasst.

22 2. Die Grundwasserlage und die Situation der Oberflächengewässer sind sehr ernst
23 und
24 lokal teils dramatischen Veränderungen unterlegen. Deshalb muss die Landnutzung
25 umgehend verändert und grundwasserschützende Maßnahmen eingeleitet werden, u.a.
folgende:

- 26 • flächendeckende Vegetation
- 27 • kleinteiligere Strukturen
- 28 • Reduzierung der Flächenversiegelung
- 29 • Reform der Agrarförderung hin zur ökologischer, wasserhaltender und
wassersparender Landwirtschaft, wie bspw. Agroforst und pfluglose
Bodenbearbeitung

30 3. Die Gewässer- und Anlagenunterhaltung muss reformiert werden u.a. durch

- 31 • Gräbenverfüllungen und eine konzeptionelle Vereinfachung von
Stauumgestaltungen
- 32 • Vereinheitlichung der Stauhaltung durch gleiche Winter- und Sommerstau
- 33 • gezielter und unbürokratischer Einsatz von EU-Mitteln für Stauerneuerungen
- 34 • Verzicht auf Planfeststellungen
- 35 • Förderung des Wassermanagements in den Wasser- und Bodenverbänden zur
gezielten Verbesserung des Landschaftswasserhaushalts

36 4. Begleitender und beschleunigter Waldumbau

- 37 • auf Hochflächen, um die Grundwasserneubildung zu fördern
- 38 • jeden Tropfen Wasser zurückhalten und dem Grundwasser zuführen

39 5. Schaffung von rechtlichen Grundlagen, um die alternative Nutzung von
40 Grauwasser

sowie Mehrfachnutzung stärker in den Vordergrund zu stellen. Das betrifft auch die Wassernutzung in der Industrie, die idealerweise im Kreislauf geführt werden sollte. Darüber hinaus soll die Nutzung wertvoller Abwasserressourcen, u.a. Klarwasserabläufe aus Kläranlagen, zur Stabilisierung des

Landschaftswasserhaushalts durch Stauhaltung erreicht werden, statt diese wie bisher einfach abzuleiten.

41 6. Einrichtung von natürlichen Rückhalteräumen zur Aufnahme von Niederschlägen,
42 verpflichtende Rückhaltung von Dachflächenabflüssen mit grundsätzlicher Trennung
43 vom
44 Kanalisationsnetz und verpflichtende Prüfung der Versickerung von
45 Niederschlagsabflüssen bei den Straßenplanungen des Landes. Dies muss Vorrang
haben vor Kanalbau und Ableitung

46 7. Reform der Regelung in Par. 40 Bbg. WG Die Annahme einer Quote von 93% zur
47 wiedereingeleiteten Wassermenge bei offener Beregnung, z.B. in der
48 Landwirtschaft, ist aufgrund der gestiegenen Lufttemperaturen und der damit
49 höheren Verdunstungen, nicht mehr zeitgemäß. Prüfung und Kontrolle der
installierten Förderaggregate der Brunnen zur Beregnung (in der Landwirtschaft)
mit den angegebenen und erfassten Grundwasserentnahmemengen
(Plausibilitätskontrolle)

8. Aktualisierung der Wasserentnahmeentgelte für Landwirtschaft, Industrie und
Gewerbe mit dem Ziel, die Lenkungswirkung für eine sparsame Wasserentnahme zu
erhöhen. Der Einsatz des Entgeltaufkommens sollte zweckgebundenen für Maßnahmen
des Gewässerschutzes verwendet werden.

50 9. Unterstützung von Fassadenbegrünungen und dem Bau von vertikalen PV-Elementen
51 an Gebäuden zur ganzjährigen Stromerzeugung.

52 10. Erstellung eines Zukunft-Konzepts für Schwammstädte

53

54 11. Prüfung, inwiefern eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land
Brandenburg (KAG) dahingehend möglich ist, dass Gemeinden die Wassergebühren
unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße linear staffeln können. Dadurch kann
ein Anreiz zum sparsamen Wasserverbrauch gesetzt und übermäßiger Verbrauch
eingeschränkt werden.